

Hartmut Elsenhans

Totalität, Geschichte und Makroökonomie

Mein Ansatz hat zwei wesentliche Bezüge. Mit Marx teile ich die globale Perspektive von Weltwirtschaft und Weltgeschichte; den größten Teil seiner wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen halte ich dagegen für vornehmlich wissenschaftsgeschichtlich interessant. Keynes steht dagegen im Mittelpunkt meiner wirtschaftswissenschaftlichen Überlegungen. Mein Verhältnis zu Marx lässt sich am besten an der Theorie der Grundlagen von Profit aufzeigen. Aus diesem Unterschied ergeben sich dann Unterschiede in der Beurteilung der Dynamik von Kapitalismus, seines Ursprungs, seiner weltweiten Ausbreitung und seiner Gefährdungen unter den Bedingungen von Globalisierung.

1. Die keynesianische Theorie des Profits

In einer kapitalistischen Wirtschaft mit Papiergeld scheitern Investitionen nicht an Geldmangel, weil das Banksystem Geld als Kredit schöpft, wenn es zur Schuldenaufnahme bereite Kunden gibt. Zur Verschuldung bereit sind Kunden, die auf Profite hoffen, die sie auf Märkten verdienen können. Die Kreditexpansion wird beschränkt durch Maßnahmen der Zentralbank, die den Zugang der Banken zu Zentralbankgeld beschränkt oder verteuert.

Die Ausgaben für Investitionen bestimmen die Höhe der Profite, und zwar nicht weil Investitionen die Produktivität steigern, sondern weil sie Einkommen von Haushalten schaffen, die den Verkauf von Konsumgütern mit Profit ermöglichen. Durch Investitionsausgaben können Profite erst realisiert werden. Dass dazu die Wirtschaft produktiv genug sein muss, um Überschüsse zu produzieren, ist selbstverständlich. Zumindest alle vorkapitalistischen Klassengesellschaften (asiatische/tributäre Produktionsweisen, Feudalismus, und natürlich die europäischen Kolonien) waren durch hohe Überschüsse gekennzeichnet.

Zur Vereinfachung unterstellen wir eine aus zwei Klassen bestehende Gesellschaft, kapitalistischen Unternehmern und Haushalten, in unserer Vereinfachung nur lohnabhängige Arbeiter. Die Haushalte erhalten Löhne, die so knapp bemessen sind, dass sie vollständig für Konsumgüter ausgegeben werden. Soweit die Unternehmer Leitungsaufgaben erfüllen (also arbeiten), erhalten sie einen Managerlohn, aus dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Darüber hinaus erhalten die Unternehmer Profite, die nicht für Konsumgüter ausgegeben werden können, weil sich sonst ihre Wettbewerbsposition verschlechtern würde. Alle Löhne werden nur für Konsumgüter ausgegeben; nur Löhne werden für Konsumgüter ausgegeben; deshalb entspricht der gesamte Erlös für alle Konsumgüter einschließlich der Vorprodukte und der abgeschriebenen Investitionsgüter der Summe aller Löhne.

Die Produzenten von Konsumgütern können ihre Produkte nur dann zu einem im Vergleich zu ihren Kosten höheren Erlös verkaufen, wenn es Haushalte gibt, die ihre Einkommen aus anderen Aktivitäten als der Konsumgüterpro-

duktion bezogen haben. Langfristig kann man zwei denkbare Quellen ausschließen: eine Erhöhung der Staatsausgaben ohne entsprechende Steigerung der Staatseinnahmen führt zu Verschuldung, welcher Grenzen gesetzt sind. Exportüberschüsse sind dauerhaft schwierig, weil ihr Gegenstück, Handelsbilanzdefizite der Handelspartner, zu deren Verschuldung führt, der ebenfalls Grenzen gesetzt sind. Steuern zur Finanzierung von Defiziten von Partnerländern oder von Staatsschulden sind Kosten des kapitalistischen Sektors und können nicht als Profite verteilt werden. Nur in der Investitionsgüterproduktion können zusätzliche Haushaltseinkommen entstehen, die nicht durch Schulden oder Übertragungen aus der privaten Wirtschaft finanziert werden.

Wenn Investitionsgüter über den Wert der Abschreibungen hinaus produziert werden (Nettoinvestitionen stattfinden), machen die Konsumgüterproduzenten einen Gewinn. Seine Höhe entspricht den in der Investitionsgüterproduktion bezahlten Haushaltseinkommen. Die Produzenten von Investitionsgütern kennen die Technologien, die in der Konsumgüterproduktion angewandt werden. Sofern monopolistische Praktiken wie Handelsmarken für den Absatz nicht wichtig sind, können Investitionsgüterproduzenten jederzeit Konsumgüter produzieren, bis die Preise für dann knappe Investitionsgüter so steigen, dass auch hier eine vergleichbar hohe Profitrate erzielt wird. Der Gesamtprofit der Unternehmen (Profit der Konsumgüterproduzenten in Höhe der Löhne aus der Investitionsgüterproduktion, und Profit der Investitionsgüterproduzenten) entspricht dem (Netto-)Gesamtwert der Investitionsgüterproduktion. Die Unternehmer bestimmen also über ihre Investitionsneigung die Höhe der Profite selbst (allerdings nur solange die Haushalte nicht sparen).

Nettoinvestitionen setzen wachsenden Absatz und letztlich steigende Masseneinkommen voraus. Kapitalisten kaufen neue Technologien nur, wenn diese die Stückkosten senken (Bortkiewicz-Kriterium). Mit denselben Ausgaben für direkte und indirekte Arbeit werden mehr gleichartige Güter hergestellt als zuvor. Mehr Konsumgüter können nur verkauft werden, wenn die Nachfrage, also die Haushaltseinkommen steigen. Neue Konsumgüter, die bisherige nicht ersetzen, können nur dann konsumiert werden, wenn wenigstens für eine Gruppe von Haushalten die Realeinkommen steigen. Rosa Luxemburg hat gezeigt, dass es keinen Grund für Kapitalisten gibt, die Einkommen von Mittelschichten zu steigern. Sie weichen auf billigere Arbeitskräfte aus, wenn immer dies möglich ist, so dass die Verhandlungsmacht der Mittelschichten letztlich von den Löhnen für durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte abhängt.

Bei Lösung des Absatzproblems durch überproportionales Wachstum der Abteilung I steigen die Kosten der eingesetzten Investitionsgüter schneller als die Produktion. Die Kapitalproduktivität sinkt. Solche Technologien erfüllen das Bortkiewicz-Kriterium nur, wenn die Reallöhne bei der kapitalintensiveren Technologie höher sind als bei der zuvor benutzten weniger kapitalintensiven. Über das überproportionale Wachstum der Abteilung I ging der reale Sozialismus zugrunde (ineffiziente Investitionen, daraus resultierende hohe Investitionsquoten, stagnierender Konsum): Ausbeutung durch Ineffizienz.

2. Die Genese von Kapitalismus

Die Grundlage von Kapitalismus ist nicht die Verelendung der Massen, sondern das Empowerment der Massen. Dies wird durch die Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen zu England, aber auch Deutschland, den USA und Japan im 18. und 19. Jh. bestätigt.

Bei den Reallöhnen ist nur strittig, seit wann die Bevölkerung nach der großen Pest des 14. Jh. nicht mehr schneller als die Nahrungsmittelproduktion stieg. Noch vor der Industriellen Revolution führten zuerst selbständige Bauern (Yeomanry) und erst später (ab ca. 1750) Großbetriebe arbeitsintensive Verbesserungen ein. Sie steigerten zunächst die Hektarerträge, dann die Arbeitsproduktivität auf Niveaus, die in Asien, Afrika und Lateinamerika erst vor etwa 30 Jahren durch die Grüne Revolution erreicht wurden. Die damit einhergehende Veränderung der Eigentumsstrukturen, auf die Marx im Rahmen der Vertreibung des Landvolks (Enclosures) so großes Gewicht gelegt hatte, war von untergeordneter Bedeutung für die Einkommensverteilung. Sie erfolgten erst relativ spät und waren nicht grundsätzlich gegen die Masse der Bauern gerichtet. Die Erwerbstätigkeit in der englischen Landwirtschaft stieg bis Mitte des 19. Jh.

Die Reallöhne stiegen in den Kerngebieten der industriellen Revolution (dort auch relativ egalitäre Bodenverteilung), im Unterschied zu den Regionen im Umfeld der großen Handelsmetropolen (wie London). Steigende Reallöhne waren die direkte Folge der Steigerung der landwirtschaftlichen pro Kopf Produktion, so dass sich die Beobachtungen aus beiden Bereichen wechselseitig stützen. Die biometrische Forschung, die Körpergröße als Index für Real-einkommen heranzieht, hat inzwischen eingeräumt, dass in den englischen Städten zwar die Körpergröße zu Beginn der industriellen Revolution ab ca. 1760 zunächst sank, die Reallöhne aber stiegen, offenbar weil die aus den Dörfern abgewanderten Arbeiter andere Konsummöglichkeiten als ergötzlich erachteten als die heutigen Ärzte.

Die als Kernstück der Marx'schen Beschreibung des Übergangs zum Kapitalismus betrachteten Armengesetze sicherten das Überleben der Armen. In noch vorwiegend agrarischen Gesellschaften sinkt bei wachsender Bevölkerung das Grenzprodukt von Arbeit, weil die Böden immer intensiver bearbeitet und zusätzlich immer weniger fruchtbare Böden genutzt werden müssen. Mehr Arbeit führt zu mehr Produktion, doch werden die Zuwächse immer kleiner. Es kann dann Arbeitskräfte geben, die weniger produzieren, als sie zum Überleben brauchen. Ich nenne sie marginal. Ein sein Land besitzender Bauer leistet zusätzlich nur noch wenig ergiebige Arbeit, weil er die zusätzliche Ernte zum Überleben braucht. Er kann sich wenig ergiebige Arbeit aber auch leisten, weil er mit seinen ergiebigeren, produktiveren Stunden schon viel produziert, aber eben noch nicht genug zum Überleben. Als Landarbeiter würde er aber nicht beschäftigt, weil seine Beschäftigung den Überschuss des Bodenbesitzers vermindern würde. Er wird freigesetzt, d.h. marginalisiert. Die Armengesetze subventionierten die Armen aus Steuern, die die Gemeinden unabhängig vom Produktionsergebnis auf Land erhoben. Die Bodenbesitzer

bezahlten die Reproduktionskosten von Arbeit in Form einer Abgabe an die Gemeinde unabhängig davon, ob sie Arbeit nutzten, und als sehr geringen Lohn, der für sich allein nicht die Überlebenskosten deckte. Die Abgabe verminderte den Überschuss der Bodenbesitzer. Da sie unabhängig vom Produktionsergebnis erhoben wurde, verminderte sie das Grenzprodukt der Arbeitskräfte und damit die noch Mehrwert abwerfende Beschäftigung nicht. Gleichzeitig erhielt die Gemeinde Mittel, mit denen sie nicht beschäftigte Arbeitskräfte subventionieren konnte. Deren Lohn konnte jetzt billiger sein, so dass sie auch dann beschäftigt werden konnten, wenn der zusätzliche Beitrag zur Produktion niedriger als die Reproduktionskosten war. Die Armengesetze verminderten den Überschuss der Bodenbesitzer, erhöhten die Einkommen der Lohnabhängigen und Armen, die Massenkonsumgüter konsumierten, und trugen damit zur Nachfrage nach Produkten bei, die frühzeitig industriell mithilfe von Maschinen und damit Investitionsgütern hergestellt werden konnten. Sie steigerten damit den Profit zu Lasten von Renten.

3. Kapitalismus ist expansiv aber nicht ansteckend

Kapitalismus hat expandiert und Ausbeutung, Gewalt und Elend über den Süden gebracht, was allerdings für den Aufstieg des Kapitalismus nicht funktional war. Die so genannte Peripherie spielte für kapitalistisches Wachstum nur eine begrenzte Rolle. Sie war nützlich, aber nicht notwendig.

Arbeitsteilung entsprechend den komparativen Kostenvorteilen bestimmte schon den vorkapitalistischen monopolistischen Fernhandel. Allerdings eigneten sich hier vor allem die Monopolisten die Wohlfahrtsgewinne an. Bei der europäischen Handlungsexpansion des 16. Jh. nutzten neue Handelsmonopolisten neue militärische Machtmittel, um in bestehende Routen einzudringen. Dass dabei Handelsmonopole (insbesondere die Kontrolle des innerasiatischen Handels), tributäre Ausbeutungssysteme formal feudaler Art (mit sehr viel höheren Ausbeutungsraten in Lateinamerika) und Sklaverei zur Abwälzung der Reproduktionskosten auf dritte Gesellschaften (atlantischer Dreieckshandel) die Aneignung hoher Überschüsse erlaubten, ist gleichzeitig unbestritten und irrelevant, weil im Übergang zum Kapitalismus hohe Investitionen mit entsprechend hohem Kapitalbedarf (ursprüngliche Akkumulation) gar nicht zu tätigen waren. Die Kosten der Investitionen pro Arbeitsplatz waren während der englischen Industriellen Revolution eher niedrig (weniger als ein Jahreslohn).

Die Masse der Rohstoffe für die Industrielle Revolution (Kohle, Eisen, auch Kupfer, Blei und Zinn) und die Masse der Nahrungsmittel für die Arbeiterschaft kamen aus England, bis in die Mitte des 18. Jh. Getreideexporteur und bis Mitte des 19. Jh. die produktivste Landwirtschaft der Welt. Daran ändern Hinweise auf den (vorübergehenden) Beitrag von Zucker zur Kalorienversorgung und die Rolle von Baumwolle für die Tuchproduktion nichts Wesentliches.

Kapitalistische und nichtkapitalistische Wirtschaften spezialisierten sich unterschiedlich aufgrund ihrer unterschiedlichen internen Strukturen. England nutzte zunächst durch informellen Kolonialismus (1815-1878) äußere Märkte

zur industriellen Entwicklung, beseitigte durch militärische Interventionen die Restriktionen der alten tributären Produktionsweisen (Ägypten 1839/40, Opiumkrieg mit China 1840 und viele mehr) und belegte damit, dass die Europäer komparative Kostenvorteile bei einfachen Massenkonsumgütern hatten, während die entfaltenen tributären Produktionsweisen zunächst noch komparative Vorteile bei Luxuskonsumgütern besaßen, bis durch den europäischen, massenorientierten Entwicklungsprozess ganz neue Luxusgüter denkbar wurden. Die Sänfte auf dem Elefantenrücken wurde vom Auto und später vom Flugzeug ersetzt. Die so genannte Kalifornien-Debatte will zeigen, dass Asien in der gewerblichen Produktion Europa im späten 19. Jh. zumindest ebenbürtig war. Diese Behauptung ist nur von Bedeutung, wenn in Analogie zu einer weit verbreiteten Literatur vermutet wird, dass England und Europa allgemein in der industriellen Produktion Asien überlegen waren. Die englische Handelsmission von 1792 zeigt, dass nicht einmal die führenden Köpfe der englischen Industrie begriffen hatten, dass England bei Luxusprodukten unterlegen war und Exporte nur bei einfachen gewerblichen Produkten möglich waren. Diese wären selbst dann möglich gewesen, wenn England hier nur komparative Vorteile gehabt hätte, absolut in der Produktivität noch zurückgelegen hätte, wie dies heute für den Export der Volksrepublik China gilt.

Kapitalisten bauen zunächst gute und standortgünstige Rohstoffvorkommen ab. Nahe den Ballungszentren der industriellen Produktion sinkt die Qualität der Vorkommen. Der Einsatz der allmählich verbesserten Technologie ist hier weniger ergiebig als auf den noch nicht verbrauchten Lagern des Südens. Der Produktivitätsabstand zwischen dem Westen und dem Süden ist dann in den Rohstoffsektoren kleiner als in der gewerblichen Produktion, wo die Technik nicht auf das Hindernis der Verschlechterung der natürlichen Bedingungen der Produktion stößt. Daraus erwuchs dem Süden ein komparativer Vorteil bei Rohstoffen.

Die Steigerung der Realeinkommen im Westen war ein weiterer Grund für wachsende Nachfrage nach Rohstoffen, den typischen Agrarprodukten des Südens (den amenities, wie Kaffee, Tee, Kakao, aber auch so banalen Dingen wie Fetten für Seife). Die empirisch differenziert zu beschreibende Verschlechterung der Terms of Trade und anderer Ausbeutungsarten ist für die Frage von Entwicklung und Unterentwicklung insofern irrelevant, als schon bei den ersten Formulierungen des Terms of Trade Arguments klar war, dass gute Terms of Trade gerade nicht zu Entwicklung führen. Die Diskussion über die Blockade von Wachstum durch Reichtum (niederländische Krankheit, Rentenillusionen) belegt, dass der Reichtum des Südens an Naturschätzen angesichts extrem inegalitärer (tributärer) Strukturen den Übergang zu Kapitalismus und wirtschaftlicher Entwicklung blockierte: Der Süden war zu reich für Wachstum.

Die Spezialisierung auf Rohstoffe hat parallel zur politischen Unabhängigkeit zur Forderung des Südens nach staatlich regulierten Rohstoffmärkten geführt. In unterentwickelten Gesellschaften mit Massenarmut brachte die Spezialisierung auf Rohstoffe nur relativ wenige Arbeitsplätze und dynamisierte nicht

den Rest der Wirtschaft durch das Wachstum des Binnenmarkts, anders als in den meisten Siedlungskolonien (Staple Theory of Growth – wachsende Rohstoffexporte führten auch zur Ausweitung des Binnenmarktes, so der Fall der USA, Kanadas und Australiens). Die nationalen Befreiungsbewegungen forderten seit 1945, vor allem ab 1962, (UNCTAD) als ökonomische Entkolonialisierung die Aneignung von Renten im Rohstoffexport. Damit sollten industrielle Investitionen zur wirtschaftlichen Diversifizierung finanziert werden.

Im Süden entstanden bürokratische Entwicklungsgesellschaften, die von Staatsklassen beherrscht wurden. Staatsklassen eignen sich anders als Kapitalisten Überschüsse mit dem Instrument politischer Apparate an. Begrifflichkeiten wie Staatsbourgeoisie oder administrative Bourgeoisie belegen die Sterilität des damaligen Denkens. Sie ignorierten sowohl die Chancen als auch die Gefahren, die von dieser Form von Aneignung ausgingen, um moralisierend diese als Kapitalisten zu verurteilen. Genau das aber waren diese Staatsklassen nicht. Einige unter ihnen haben die Renten im Rahmen von Projekten integrierter industrieller Apparate mit diversifizierter Branchenstruktur investiert. Selbst dann vernachlässigten sie die Notwendigkeit, die eigenen Investitionsgüterkapazitäten auszulasten und damit zusammenhängend das Wachstum interner Massenmärkte zu fördern. Sie waren der neoklassisch-marxistischen Illusion erlegen, dass die Investitionsquoten möglichst hoch sein müssten. Mit (begrenzten) Agrarreformen, der Förderung der Grünen Revolution, der Einschulung nahezu aller Kinder und der Verbesserung der Infrastrukturen haben viele Staatsklassen die Überwindung von Unterentwicklung erleichtert.

Wenn der komparative Kostenvorteil bei Produkten liegt, deren Preis- und Einkommenselastizität niedrig ist, können Renten durch die (staatliche und international verabredete) Kontrolle der angebotenen Mengen angeeignet werden. Hier liegen die Grundlagen von Staatsklassen (und nicht in kulturellen Gründen). Über Angebotsbeschränkung lassen sich die Devisenerlöse steigern. Diese Einkommen ergeben sich nicht aus dem freien Wettbewerb. Man kann sie deshalb entgegen dem Kriterium kurzfristiger Rentabilität investieren, also auch entgegen den komparativen Kostenvorteilen. Wegen der Renten können Staatsklassen mehr als private Kapitalisten investieren. Selbst wenn ihre Investitionen weniger effizient sind, kann durch mehr Investitionen die Wachstumsrate höher liegen als die von privaten Unternehmen in unterentwickelten Wirtschaften erreichbare.

Kapitalisten haben mit solchen Strukturen langfristig durchaus gute Erfahrungen gemacht. Die Aneignung von Renten erhöhte zwar die Kosten für Kapitalisten. Solange dabei für alle Kapitalisten gleiche Bedingungen gelten, können sie sich damit arrangieren, wie die Erdölpreissteigerungen seit den siebziger Jahren belegen. Gleichzeitig erhöhen Strategien der Rentenaneignung weltweit die Nachfrage für kapitalistische Unternehmen und fördern damit kapitalistisches Wachstum im Zentrum, analog zu Lohnsteigerungen, die Arbeiter durchsetzen. Hinter dieser Analyse steht die These, dass wegen des Bortkie-

wicz-Kriteriums Kapitalismus nicht durch den Mangel an finanziellen Überschüssen oder Mitteln bedroht ist, sondern nur durch nicht ausreichende Nachfrage.

4. Gefahren der derzeitigen Globalisierung

Entscheidend für die derzeitige Offensive bislang unterentwickelter Wirtschaften beim Export verarbeiteter Produkte sind, neben neuen komparativen Kostenvorteilen, neue Möglichkeiten, durch niedrige Wechselkurse komparative Kostenvorteile in preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verwandeln. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit hängt auf dem Weltmarkt nicht von den Reallöhnen ab, sondern von den Wechselkursen. Die Armen in der Dritten Welt leben in Afrika. In den Schwellenländern sind die Reallöhne schon höher. Hier sind nur die Arbeitskosten niedrig, nämlich in international handelbaren Währungen beim jeweiligen Wechselkurs. Reallöhne und internationale Arbeitskosten haben wenig miteinander zu tun.

Wer keine Luxusprodukte oder keine Rohstoffe hat und unter der Verschlechterung der Terms of Trade leidet, kann komparative Kostenvorteile nur bei verarbeiteten Produkten haben. Ob er dabei auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig wird hängt von seinem Wechselkurs ab, d.h. vom Preis seiner lokalen Produktionsfaktoren auf dem Weltmarkt. Verkauft ein rückständiges Land zu wenig auf dem Weltmarkt, dann hat es Handelsbilanzdefizite, so dass auf den Devisenmärkten zu viel seiner Währung angeboten wird. Deshalb sinkt der Preis dieser Währung im Vergleich zu anderen Devisen. Der Wechselkurs sinkt, bis jene Produkte wettbewerbsfähig werden, bei denen das Land den geringsten technischen Rückstand gegenüber führenden Ländern hat. Das sind die Produkte, bei denen es komparative Kostenvorteile hat. Komparative Kostenvorteile bestehen völlig unabhängig vom Umfang des Rückstands gegenüber einer führenden Wirtschaft. Man hat komparative Kostenvorteile, weil man bei bestimmten Produkten einen geringeren Rückstand hat als verglichen mit (komparativ zu) Rückständen bei anderen Produkten.

Die Wechselkurse der erfolgreich exportorientiert industrialisierenden Länder des Südens liegen beträchtlich unter der Kaufkraftparität. Alle Rucksacktouristen wissen: Man kann sich in China oder Indien für Euros mehr kaufen als in Europa. Der in chinesischer Währung bezahlte Arbeiter kann sich in China mehr kaufen als mit diesem Geld in Kanada. Dieses Mehr muss von irgendwoher kommen: Abwertung unter Kaufkraftparität ist möglich, wenn ein substantieller Teil zusätzlicher Konsumgüter lokal produziert wird. Dann können Arbeiter, die in einem durch Abwertung über Exporte wachsenden Industrie-sektor zusätzlich beschäftigt werden, zusätzliche Produkte aus heimischer Produktion kaufen, die sie auf dem Weltmarkt für ihre Löhne nicht kaufen könnten. Die Ausgaben armer Haushalte umfassen zu ungefähr 50 Prozent Nahrungsmittel und zu weiteren 40 Prozent Produkte, die heute schon an vielen Standorten der Dritten Welt lokal gefertigt werden: Kleidung, Shelter = Behausung, Möbel, Töpfe, Geschirr und Besteck). Die Exportoffensiven des

Südens auf der Grundlage abgewerteter Währungen beruhen auf einer Subvention der Arbeit in den Exportsektoren aus dem Überschuss lokaler Massenkonsumgüterproduktion, vor allem der lokalen Nahrungsmittelproduktion. Man importiert als Regelungsmechanismus die Knappheit von Arbeit, weil der bisherige Regelungsmechanismus, die Planung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, hohe Managementkosten, d.h. eine zu teure „leitende“ Klasse verursacht hat. Der Erfolg der Grünen Revolution hat durch Abwertung die Subventionierung von Arbeit und damit das Empowerment von Arbeit durch Knappheit von Arbeitskräften ermöglicht.

Aufholen kann Überholen erlauben. Eine technisch führende Wirtschaft hat durch learning by doing Produktivitätsvorsprünge bei Produkten, die nur sie, aber eine aufholende Wirtschaft noch nicht produzieren kann. Werden neue Produkte erfunden, die in keiner der beiden Wirtschaften bisher produziert wurden, hat die technisch führende Wirtschaft auch einen Produktivitätsvorsprung. Es ist aber unwahrscheinlich, dass er genauso groß ist wie bei den älteren Produkten: Das bei älteren Produkten erworbene Wissen ist in der neuen Branche nicht so wichtig wie in der älteren Branche. Das alte führende Land hat zwar Produktivitätsvorsprünge auch bei den neuen Branchen, die höheren Produktivitätsvorsprünge aber bei den alten Branchen, so dass es sich auf alte Produkte spezialisieren muss (ein sehr dringendes Problem Deutschlands).

Damit verlieren zwei Mechanismen ihre bisherige Wirksamkeit: Wachsende Massenmärkte führten früher in den führenden Ländern vorwiegend zu Nachfrage nach neuen und tendenziell hochtechnologischen Produkten, und damit nach Arbeitsleistungen aus den führenden Ländern. Beschäftigungsmultiplikatoren von wachsenden Einkommen fließen heute dagegen verstärkt ab. Die aufholenden Schwellenländer haben Handelsbilanzüberschüsse. Ein Kostenvorteil kann gefestigt werden, wenn eine Wirtschaft als erste zu Serienproduktion mit sinkenden Stückkosten übergeht, weil sie dann den Weltmarkt für sich sichern kann. Dies erlaubt, Aufholer von der Nutzung komparativer Kostenvorteile auszuschließen. Die Theorie des strategischen Handels führt damit zur Einschränkung des freien Handels.

In den aufholenden Ländern gibt es gleichgerichtete Tendenzen. Abwertung ist teuer. Begrenzte Abwertungen erlauben zusätzliche Einnahmen bei Exporten preisunelastischer Güter. Singapur hat in den 1980er Jahren Unternehmen besteuert, die nur geringe Löhne bezahlten, und aus den eingesammelten Beträgen Ausbildungsprogramme finanziert. Es hat damit genauso wie ein Ölland eine Differenzialrente angeeignet und diese in noch nicht rentable Produktionszweige gesteckt.

Aus solchen zweitbesten Anpassungsversuchen ergibt sich die Gefahr einer Globalisierung von Renten mit wachsender Vermachtung der internationalen Beziehungen. Die Alternative wäre tatsächlich eine Globalisierung von Profit durch Knappheit von Arbeit auch im Süden. Dass das möglich ist, hat Südkorea gezeigt: Vollbeschäftigung führte zu Militanz der Arbeiter, zu einer Allianz mit breiten Gruppen aus den Mittelschichten (Studenten, Intellektuelle)

und, aufgrund der Erfolge, zu zunehmend reformorientierten Arbeiterorganisationen. Die derzeitige Streikwelle in China weist in eine ähnliche Richtung. Um solche Tendenzen zu nutzen, bräuchten die Arbeiter in den Industrieländern eine umfassende Einsicht in die Gründe der Wettbewerbsfähigkeit des Südens. Daraus würde sich sofort ergeben, dass das einzige Mittel zur Vermeidung eines Kampfes um die Verteilung knapper Arbeitsplätze in der Überwindung von Marginalität in den aufholenden Ländern liegen würde. Fair Labour Standards sind Folge der Überwindung von Armut und Elend. Je stärker die externe Nachfrage und je stärker die lokale Massenachfrage, desto nachhaltiger die Multiplikatorimpulse eines wachsenden Exportsektors auf die lokale Produktion und desto früher die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Marginalität in der Folge von Exportoffensiven. Insofern stimmen die neuen Orientierungen der chinesischen Politik oder sozialdemokratische Tendenzen in der brasilianischen Armutspolitik hoffnungsvoll. Die einseitige Anbindung des westlichen Globalisierungsprotestes (Attac) an die stark staatsgläubige französische Linke vernachlässigt die eigentliche Herausforderung der Globalisierung, nämlich der Überwindung von Marginalität im Süden. Hier sind gerade Exporte in die führenden Industrieländern wichtig.

6. Strategische Implikationen

Aus dem Modell ergeben sich Perspektiven für eine „Justierung“ der Kapitalismuskritik, um sie aus der Selbstbeschäftigung kleiner Zirkel herauszuholen. Für eine bessere Gesellschaft müssen die Errungenschaften von Kapitalismus bewahrt werden, nicht nur die lange geschmälzte bürgerliche Demokratie, sondern auch der Marktmechanismus und die Konkurrenz für alle diejenigen, die mehr als der Durchschnitt beanspruchen, wegen besonderer Verdienste, Lasten oder Verantwortlichkeiten. Gibt es jemanden, der es um weniger macht? Der Slogan der Französischen Revolution „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“, lässt sich pragmatisch als Wettbewerb für die Privilegierten und Wohlfahrtsstaat für die Schwächeren formulieren. Eine solche gezielte Einschränkung des Marktmechanismus lässt sich leichter als ein allumfassender Plan beherrschen und bietet weniger Ansatzpunkte für Korruption. Je mehr die Privilegierten der Konkurrenz unterliegen und je mehr die Verfügung über den wirtschaftlichen Überschuss der Kontrolle von Märkten unterliegt, desto geringer die Möglichkeiten zu Selbstprivilegierung und Vergeudung.

Mit der Betonung von Markt und Wettbewerb muss sich die Kritik am derzeitigen Kapitalismus auch von der romantischen frühkapitalistischen Kapitalismuskritik verabschieden. Diese hat für die Erneuerung marxistischer Positionen in den 1960er Jahren eine wichtige Rolle gespielt. Gleichwohl führt ihre eher kulturaltistische Orientierung in eine theoretische Sackgasse. Das Bedauern über die Verdinglichung unserer sozialen Beziehungen ist von der Masse der Bürger entschieden: Sie betrachten den Markt als einen nur kleinen Teil ihrer Existenz. Die Marx'sche Vision der Vielfalt unserer Tätigkeiten wird in der Freizeit realisiert, nicht im Bereich der gesellschaftlich notwendigen Produktion.

Dass es sich beim vorgelegten Ansatz um Reformismus handelt, akzeptiere ich und füge hinzu: Kapitalismus konnte nur auf der Grundlage von Sozialismus entstehen. Die „Aneignung der Gesellschaft durch sich selbst“ ist nicht durch die Abschaffung von Märkten und deren Ersetzung durch zentrale Planungsinstanzen gekennzeichnet, sondern durch intelligent gesteuerte Dezentralität, in der, wie in jedem gesellschaftlichen System, unvorhergesehene Konsequenzen auftreten, die, ganz im Sinne von Reparaturbetrieb, durch weitere Steuerungsmaßnahmen beeinflusst oder beseitigt werden müssen.

Beim Aufstieg des Kapitalismus reichte der Druck der Massen auf Einkommenssteigerungen. Die Arbeiterschaft war wenig differenziert und deshalb solidarisch in der Forderung nach besserer Versorgung bei einigen wesentlichen materiellen Bedürfnissen. Ihr Widerstand wurde durch Knappheit von Arbeit im konjunkturellen Aufstieg und politischen Widerstand der Arbeiterparteien im konjunkturellen Abstieg artikuliert. Unter den komplexer gewordenen Bedingungen lässt sich Verhandlungsmacht von Arbeit nicht mehr allein über solche spontanen Ergebnisse moralischen Protestes durchsetzen. Handlungsfähig ist Arbeit nur noch bei einem der Realität angemessenen Verständnis der Funktionsweise kapitalistischer Wirtschaften.

Politisch ist zu klären, was der Markt unter der Berücksichtigung der entscheidenden Stellung der Realwirtschaft kann, und was er nicht kann. Wenn die aktuellen materiellen Bedürfnisse angemessen befriedigt werden, entwickeln Menschen Bedürfnisse nach Sicherheit. Sie äußern solche Bedürfnisse durch Sparen. Mit Sparen wird nicht die Produktion der Güter sichergestellt, die der Sparer in der Zukunft kaufen kann. Der demographische Wandel bedroht Ansprüche an eine umlagefinanzierte Versicherung nicht mehr als Ansprüche, die auf Geldmarkttitel gegründet sind und in der Zukunft mit anderen Forderungsrechten um das Produktionsergebnis dann zu knapperen Arbeitskräften konkurrieren. Kollektive Sicherheit lässt sich nicht über Marktentscheidungen kaufen. Sparen ist nur Konsumverzicht, der von anderen (Unternehmen, Staat durch Verschuldung) kompensiert werden muss. Die Staatsverschuldung ist Konsequenz des Sparens, nicht umgekehrt. Sparen kann hilfreich sein, wenn die Unternehmen die Akkumulationsrate beschleunigen. Da aber der industrielle Fortschritt durch Entmaterialisierung gekennzeichnet ist, brauchen in reifen kapitalistischen Wirtschaften die Unternehmer immer weniger neues Geld. Der hohe Anteil der Abschreibungen an den deutschen Bruttoinvestitionen ist dafür Beleg. Eine Folge ist das Wachstum der Finanzmärkte durch eine falsch verstandene keynesianische Geldpolitik (zur Vermeidung steigender Masseneinkommen). Die Bekämpfung der Geldillusion ist eine wesentliche Voraussetzung für Massenpartizipation im Management eines reifen Kapitalismus.

Genauso lassen sich Umweltprobleme unter Zuhilfenahme von Märkten zwar steuern, aber nicht aufgrund von Marktsignalen entscheiden. Wie hoch die Investitionen für die Vermeidung bestimmter Emissionen zu sein haben, muss aufgrund eines kollektiv organisierten politischen Prozesses ermittelt werden. Wie jeder andere politische Prozess ist auch ein solcher vielleicht sogar basis-

demokratischer Prozess durch Informationsvorsprünge direkt interessierter Partikularinteressen gekennzeichnet. Dies wirft die Frage des Ausbaus von Kontrollinstanzen auf.

Wir steuern auf eine Welt von Stückwerkreformen zu, die nie global sein können, sondern sich wegen der Problematik von Delegation und Partizipation einer existierenden territorialen Struktur bedienen müssen. Das können Staaten, im europäischen Raum aber auch die Europäische Union sein. In einer Welt, in der die Fortdauer von Marginalität und Renten zur Vermachtung von internationalen Wirtschaftsbeziehungen führt, kann dies zu Konflikten führen. Internationale Solidarität von Arbeit muss auch die Marginalen einbeziehen und jedes Denken in Entwicklungsstufen oder kultureller Überlegenheit meiden.

Es gäbe schon Möglichkeiten, die Masse der Marginalen im Süden mit künstlichen Industrien zu beschäftigen. Dadurch entstünde Verhandlungsmacht auf den Arbeitsmärkten gegenüber Arbeitgebern. Gleichzeitig würde der Markt für die lokalen Klein- und Mittelbetriebe wachsen. Eine Verdopplung der Einkommen der Armen von 1 auf 2 Dollar pro Tag durch Beschäftigung in künstlichen Industrien für einen weiteren Dollar pro Tag würde weit weniger kosten als Rettung der Banken, durch die nur neue Rentiers, nicht aber der Kapitalismus gerettet wird.

Um solche Veränderungen durchsetzen zu können, muss die ideologische Hegemonie der selbsternannten Verteidiger des Kapitalismus unter den Intellektuellen abgelöst werden. Weil Kapitalismus durchgesetzt wird als nichtintendierte Konsequenz der Stärke der Subalternen, der Armen, darf man seine Verteidigung auch nicht denen überlassen, die von ihm profitieren. Er ist zu wertvoll, um ihn Kapitalisten allein zu überlassen. Insofern ist die Abgrenzung gegen Marx und die Berücksichtigung der modernen Wirtschaftswissenschaft die Voraussetzung für eine Praxis, die sich an der Verbesserung der Gesellschaft orientiert.

Weiterführende Arbeiten des Autors, dort auch mit Literaturhinweisen:

- Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung des Massenmarktes erfordert, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 13, 4, 1980; S. 283-318
- Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy, in: *International Organization*, 37, 1, Winter 1983; S. 1-38
- Problems Central to Economic Policy Deregulation in Bangladesh, in: *Internationales Asienforum*, 22, 3/4, November 1991; S. 259-286.
- Equality and Development, Dhaka, Center for Social Studies, 1992
- Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung, in: Schäfer, Hans Bernd (Hg.): *Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern*. Schriften des Vereins für Socialpolitik 246, Berlin, Duncker und Humblot, 1995; S. 193-221.

- The Rise and Fall of Really Existing Socialism, in: *Journal of Social Studies*, Dhaka, 87 (Januar-März 2000); S. 1-16
- Globalisierung von Profit oder Globalisierung von Rente, in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften*, 55, 3 (2004); S. 263-289
- Globalization between a Convoy Model and an Underconsumptionist Threat, Münster, LIT Verlag, 2006
- Politische Ökonomie der Sklaverei vom 16.-18- Jh., in: Reichardt, Tobias; Erdem, M. (Hg.): *Unfreie Arbeit. Ökonomische und kulturgeschichtliche Perspektiven*, Zürich/NewYork/Hildesheim: Georg Olms, 2007; S. 242-259
- Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung. Vom Zeitalter der Entdeckungen zum 1. Weltkrieg. Herausgegeben mit einem Vorwort von Matthias Middell, Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, 2007
- The Rise and Demise of the Capitalist World System, Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, 2011